

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Holger Börner MdL, Vorsitzender der Kommission Medienfragen beim SPD-Vorstand, befürwortet eine Schlankeitskur für Kabelpilotprojekte: Klotzen paßt nicht in die haushaltspolitische Landschaft.

Seite 1-3

Björn Engholm MdB erläutert, warum er als Bundesbildungsminister die leichte Muse fördert.

Seite 4

Eugen Glombig MdB setzt sich für eine langfristige sozial ausgewogene Stabilisierung der Renten ein: Mittelfristig sicher.

Seite 5/6

Egon Lutz MdB kommentiert die jüngsten Arbeitsmarktdaten: Warten auf den warmen Konjunkturregen?

Seite 7/8

Fridolin Scheuble schildert, wie der Fall "Nürnberg" im Deutschunterricht gehandhabt wurde: "Bayernkurier" als Lehrmittel.

Seite 9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 64

2. April 1981

Schlankeitskur für Kabelpilotprojekte

Das Klotzen paßt nicht in die haushaltspolitische Landschaft

Von Holger Börner MdL

Vorsitzender der Kommission Medienfragen beim SPD-Vorstand

Der Ende vergangenen Jahres von den Ministerpräsidenten gefaßte Beschluß zur wissenschaftlichen Begleitung und Finanzierung der vier Kabelpilotprojekte hat ein lebhaftes Echo gefunden. Besonders die Frage, inwieweit - wie beabsichtigt - die Rundfunkgebühren für die Finanzierung der Kabelversuche in Anspruch genommen werden können, ist heftig umstritten. Auch in diesem Punkt sollte die zum Teil emotional und aufgeregt geführte Auseinandersetzung einer sachlichen Diskussion weichen.

Eins steht fest: Eine sorgfältige Überprüfung und Diskussion über die überzogene und medienpolitisch fragwürdige Größenordnung der Pilotprojekte ist das Gebot der Stunde. Immer mehr schält sich die Erkenntnis heraus, daß die im Kronberger Beschluß vorgesehenen 140 Millionen Mark aus dem Rundfunkgebührenaufkommen nicht ausreichen, um die Versuche auf der Grundlage des jetzt noch vorgesehenen Projektdesigns zu finanzieren. Das wird auch durch Berechnungen, die sowohl vom ZDF als auch von der ARD bezüglich der Kosten der Pilotprojekte angestellt worden sind, bestätigt. Aber auch andere Gründe sprechen für das von der SPD-Medienkommission am 27. März 1981 vorgeschlagene kräftige "Abspecken" der Pilotprojekte:

- Angesichts der kritischen finanziellen Lage in den Ländern sollte es nicht unbedingt unsere Devise sein zu klotzen. Es paßt nicht in die haushaltspolitische Landschaft, wenn einerseits im Bereich der Bildung - etwa bei der Einstellung von Lehrern und im Hochschulbau - oder bei der Gastarbeiterintegration rigoros gespart wird, während andererseits Kabelversuche von zum Teil gigantischen Ausmaßen finanziert würden.



- Auch die Rückholbarkeit, das heißt die Ergebnisoffenheit der Tests würde besser gewährleistet, wenn man die Projekte auf eine Größe reduziert, die einerseits eine ausreichende wissenschaftliche Auswertung zulässt (Versuche im Ausland haben gezeigt, daß das in vielen Fällen bereits bei einer Zahl von einigen tausend Teilnehmern der Fall ist), aber andererseits von den finanziellen Aufwendungen her keine Zwänge zum Weitermachen setzt.

Auch die FDP hat offensichtlich in dieser Richtung gedacht, wenn sie anstatt der jetzigen recht großzügigen Anlage der Pilotprojekte "engbegrenzte Feldversuche" fordert. Mit einem Wort: Alle Verantwortlichen sollten sich zusammensetzen und ernsthaft und konkret über eine Schlankheitskur für die Pilotprojekte reden.

Das ändert nichts daran, daß der Kronberger Beschluß - vorausgesetzt, daß dessen Geschäftsgrundlage durch die Medienpolitik unionsregierter Länder nicht durchlöchert wird - beibehalten wird. Die Bedeutung dieses Beschlusses ist teilweise verkannt. Bei den Beratungen der Ministerpräsidenten ging es nicht um die Zulassung privaten Rundfunks, sondern um die Frage, ob das Kabelfernsehen sogleich schlechthin eingeführt oder ob über seine Einführung erst nach mehrjährigen Versuchen und einer sorgfältigen Auswertung der Versuchsergebnisse entschieden werden soll.

Die Einführung des Kabelfernsehens kann weitreichende Auswirkungen auf die Gesellschaft, die Familie, die Jugend und auf das Verhältnis der Medien untereinander haben. Die Entscheidung, das Kabelfernsehen einzuführen, läßt sich daher nur in Kenntnis dieser Auswirkungen verantworten.

In diesem Sinne hatten sich die Ministerpräsidenten im Mai 1978 geeinigt, zunächst vier Pilotprojekte Kabelfernsehen durchzuführen und bis zu deren Abschluß die öffentlich-rechtliche Struktur unserer Rundfunkordnung nicht zu verändern. Die Regierungschefs der unionsgeführten Länder waren zu diesem behutsamen Vorgehen bekanntlich nur unter der Bedingung bereit, daß an einem Pilotprojekt (Ludwigshafen) auch Private beteiligt werden.

Zwischenzeitlich hatten diese Einigung in Frage gestellt: Zum einen das Bemühen des Ministerpräsidenten Albrecht, den Rundfunk in Niedersachsen kommerziellen Veranstaltern zu öffnen; zum anderen die Bestrebungen in Baden-Württemberg, das Kabelfernsehen möglicherweise bereits ab 1982 - und damit vor Beginn der Pilotprojekte - einzuführen.

Durch das in Baden-Württemberg erwogene "Drei-Phasen-Modell" hätten die Pilotprojekte gerade den Wert verloren, den sozialdemokratische Medienpolitik ihnen zumißt. Daß über



die Einführung des Kabelfernsehens wegen der damit verbundenen Risiken nur in Kenntnis der Versuchsergebnisse entschieden und bis dahin die Rundfunkordnung nicht verändert wird.

Erst entsprechende Erklärungen von Ministerpräsident Späth haben den Kronberger Beschluß ermöglicht. Dies bedeutet: Wird in Baden-Württemberg Kabelfernsehen gleichwohl vor Abschluß der Pilotprojekte eingeführt, ist der Kronberger Beschluß hinfällig.

Ministerpräsident Albrecht war nicht bereit, die in Kronberg erzielte erneute Einigung mitzutragen. Die Ministerpräsidenten standen daher vor der Entscheidung, entweder die bisher bewährte gemeinsame Verantwortung für die Rundfunkpolitik als wesentliche Aufgabe der Länder an der Haltung eines Regierungschefs scheitern zu lassen oder den medienpolitischen Beschluß unter zehn Ländern "festzuschreiben". Sie sind den zweiten Weg gegangen. Ich halte diese Entscheidung für richtig, weil es nicht in die Hand nur eines Landes gegeben werden sollte, die rundfunkpolitische Entwicklung in allen Ländern wesentlich zu bestimmen.

Ministerpräsident Albrecht hat sich von dem rundfunkpolitischen Konsens aller anderen Länder ausdrücklich in einer Protokollnotiz losgesagt. Über seine rundfunkpolitischen "Sonder-Vorstellungen" hat nunmehr der Wähler bei der nächsten Landtagswahl zu urteilen. Bis dahin vermag Ministerpräsident Albrecht die Rundfunklandschaft trotz Protokollnotiz nicht zu verändern. Bis zum Jahre 1983 ist er durch den neuen NDR-Staatsvertrag daran gehindert.

Die SPD-Fraktionsvorsitzenden haben in ihrem Beschluß vom 29. November 1980 zu erkennen gegeben, daß für ihre Entscheidung über die Finanzierung der Kabelpilotprojekte wesentlich auch die Rückkehr des niedersächsischen Ministerpräsidenten zu dem medienpolitischen Grundkonsens vom Mai 1978 ist. Mit dieser Haltung verfolgen sie ein Ziel, das auch die Ministerpräsidenten in Kronberg angestrebt haben.

(-/2.4.1981/ks/ca)

+ + +



Die leichte Muse - darf man sie fördern?

Wie man in "so schlechten Zeiten" Schlagersänger fördern kann

Von Björn Engholm MdB

Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft fördert mit 800.000 Mark ein Modellvorhaben an der Hamburger Hochschule für Musik und darstellende Kunst, mit dem neue Wege gesucht werden sollen, die Vorbildung und das Können all derer zu verbessern, die populäre Musik machen. Darüber hat sich mancher empört: "Wie kann man in so schlechten Zeiten, Schlagersänger fördern...?"

Ich verstehe die Aufregung nicht. Etwa 90 Prozent aller auf Platten oder Kassetten verkauften Musik, etwa 90 Prozent der Musik im Radio sind populäre Musik, also Schlager, Jazz, Rock, Folk, Country, Chanson und was es da sonst noch alles gibt. Diese Musik wird gehört und geliebt. Man kann bedauern, daß für so viele - vor allem junge - Menschen die Musik nicht bei Bach anfängt und schon mit Mozart eigentlich wieder aufhört, ändern wird man es nicht. Man kann - mit mir - der Ansicht sein, daß auch ernste Musik unterhält und die sogenannte Unterhaltungsmusik häufiger, als manchem Puristen lieb ist, ernsthaft betrieben wird und ernsthafte musikalische Ergebnisse, Aussagen, Schöpfungen zustande bringt.

Wie immer man das sieht, an der Beliebtheit und der Wirkung populärer Musik kommt man nicht vorbei. Daraus ergibt sich dann doch die Gegenfrage an die Empörten: Warum sollen populäre Musiker, Komponisten, Texter nicht eine ebenso anständige Ausbildung bekommen wie "ernste" Musiker? Warum muß der Triangelspieler des Städtischen Sinfonieorchesters von Puffenhofen an der Bohne ganz selbstverständlicher Weise sechs oder acht Semester eines akademischen Musikstudiums absolvieren, aber der Jazz-Klarinettist oder der Folk-Gitarrist kann sehen, wo er sein musikalisches Handwerkszeug herbekommt? Es sei denn, er hat zufällig eigentlich ernste Musik auf dem Konservatorium studiert und ist dann aus Spaß an der Freude zur sogenannten Unterhaltungsmusik gekommen. Klagen und abfällige Bemerkungen besonders über die deutsche populäre Musik sind ein pointensicherer, aber billiger Stammtisch-Gesprächsstoff. Besser wird die Musik dadurch nicht. Jetzt aber, wo wir zusammen mit dem Hamburger Wissenschaftssenator, den Rundfunk- und Fernsehanstalten, der Hamburger Hochschule und den Spitzenorganisationen des Musiklebens versuchen wollen, neue Wege zur Behebung dieses Übelstandes auszuprobieren, gibt es pikante Gesichter. Eine auffällig "deutsche" Reaktion, wie mir scheint. Die leichte Muse ist eben doch keine richtige Muse. Was bei uns nicht bleifüßig, bierernst und tiefsinnig daherkommt, zählt nicht zur Kultur - und da mag die Jugend, und nicht nur die Jugend, noch so sehr andere Interessen haben, wie jeder Radioredakteur, der für Musiksendungen zuständig ist, bestätigen kann.

Wir fördern Modellvorhaben wie "Künstler und Schüler", "Künstler und Lehrlinge", "Künstlerweiterbildung" (um Maler und Bildhauer auf gemeinsames Arbeiten mit Kindern und Jugendlichen, Alten oder Strafgefangenen vorzubereiten). Nach meiner Kenntnis gibt es nur sehr wenige Dinge, für die sich junge Menschen so begeistern wie für populäre Musik. Und da sollen wir einen vergleichsweise kleinen Versuch unterlassen, diese Musik qualitativ zu verbessern? Mir will das nicht in den Kopf. (-/2.4.1981/bgy/ca)

+ + +
|

Renten mittelfristig sicher

Aber dennoch ist eine langfristige sozial ausgewogene Stabilisierung notwendig

Von Eugen Glombig MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die Bundesregierung hat den Rentenanpassungsbericht 1981 beschlossen. Dieser Bericht enthält 15 verschiedene Modellvarianten zur Vorausberechnung der finanziellen Entwicklung der Rentenversicherung bis zum Jahre 1995. Er macht deutlich, daß aus der heutigen Sicht die Rentenfinanzen in den achtziger Jahren gesichert sind und daß die Renten bruttolohnbezogen angepaßt werden können.

Voraussetzung dafür ist aber, daß der Bund seine finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Rentenversicherung in vollem Umfang erfüllt.

Der neue Anpassungsbericht zeigt deutlicher als seine Vorgänger, daß es auf längere Sicht voraussichtlich erhebliche finanzielle Probleme geben wird, weil die Zahl der Rentner im Verhältnis zur Zahl der Beitragszahler stark ansteigen wird. Je nach der wirtschaftlichen Entwicklung können diese strukturell bedingten Schwierigkeiten Anfang der neunziger oder bereits Ende der achtziger Jahre beginnen.

Für eine verantwortungsbewußte Rentenpolitik ergibt sich daraus die Notwendigkeit, ein langfristig und grundsätzlich angelegtes, finanziell tragfähiges und sozialpolitisch ausgewogenes Konzept für die Überwindung der vor uns liegenden Finanzierungsprobleme zu entwickeln. Dabei ist auch daran zu denken, daß die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung kein isoliertes Problem der gesetzlichen Rentenversicherung ist, sondern die Gesamtbevölkerung betrifft und sich somit auch auf die Finanzierbarkeit anderer Altersversorgungsleistungen, wie zum Beispiel der Beamtenversorgung, auswirkt.

Die Koalitionsvereinbarung und die Regierungserklärung vom 24. November letzten Jahres haben in einigen Punkten offengelassen, wie man diese Probleme zu lösen gedenkt. Das Vertrauen in die Generationensolidarität würde erhalten und gefestigt, wenn es zusammen mit der Rentenreform 1984 gelänge, die finanziellen Grundlagen der Rentenversicherung langfristig zu sichern. Parteipolitische Streitigkeiten sollten nicht daran hindern, diese Aufgabe gemeinsam in Angriff zu nehmen.



Aus der Sicht der SPD müssen bei der langfristigen Sicherung der Rentenfinanzen folgende Grundsätze beachtet werden:

- Gleichgewichtige Entwicklung der verfügbaren Einkommen bei Rentnern und Arbeitnehmern;
- soziale Ausgewogenheit bei der Verteilung finanzieller Belastungen auf Rentner, Beitragszahler und Staat;
- soziale Flankierung durch Leistungsverbesserungen für Rentner mit geringem Einkommen;
- Harmonisierung der verschiedenen Altersversorgungssysteme.

Wenn man den neuen Rentenanpassungsbericht mit dem vorausgegangenem Rentenanpassungsbericht 1980 vergleicht, so fällt auf, daß sich die Ergebnisse der 15-Jahres-Rechnung erheblich verschlechtert haben. Folgende Faktoren können dies erklären: Die derzeitige Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation, die höhere Inanspruchnahme der flexiblen Altersgrenze und des vorgezogenen Altersruhegeldes, die Zunahme der Erwerbsunfähigkeitsrenten und schließlich die Verlängerung der Lebenserwartung der Rentner.

Wieder einmal zeigt sich, daß die Finanzierung der Renten im höchsten Maße abhängig ist von schwer kalkulierbaren und wenig beeinflussbaren ökonomischen und demographischen Veränderungen. Deshalb wurde der Gesetzgeber in der Vergangenheit ja immer auch wieder gezwungen, durch punktuelle Eingriffe in das Leistungs- oder Beitragsrecht ein neues Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben herzustellen. Auf dem Hintergrund dieser Erfahrungen müßte zusammen mit der Rentenreform 1984 das Rentensystem stabilisiert werden. Das ist nur möglich mit Hilfe von Automatismen, die bei Änderung der wirtschaftlichen und demographischen Rahmenbedingungen punktuelle gesetzgeberische Eingriffe überflüssig machen und Einnahmen und Ausgaben unter Beachtung des Grundsatzes der sozialen Ausgewogenheit ins Gleichgewicht bringen.

Wenn das durch gemeinsame Anstrengungen gelingen würde, hätte die Rentenpolitik viel erreicht, nämlich die weitere Sicherung und Festigung der Generationensolidarität.

(-/2.4.1981/ks/ca)

+ + +



Warten auf den warmen Konjunkturregen?

Bemerkungen zu den jüngsten Daten der Bundesanstalt für Arbeit

Von Egon Lutz MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Wer über die Monate die Entwicklung des Arbeitsmarktes verfolgt wird seine Sorgen nicht los. Die Hoffnung, daß der zu erwartende saisonale Aufschwung eine tiefgreifende Wirkung auf den Stellenmarkt hinterlassen würde, war trügerisch. Nachdem die Zahlen für den März des Jahres 1982 auf dem Tisch liegen bleibt das düstere Bild erhalten.

Die Bundesanstalt für Arbeit meldet für den März 1981 eine Gesamtzahl von 1.210.000 Arbeitslosen. Das entspricht zwar einem Rückgang gegenüber dem Februar von 90.000, aber gemessen am Vorjahr eine Zunahme um 38 Prozent. Die Quote des Monats März: 5,2 Prozent.

Bei den arbeitslosen Männern meldet die Bundesanstalt einen Rückgang von 81.000 auf 643.000. Die neue Quote liegt bei 4,5 Prozent. Der Vergleich zum Vorjahr zeigt allerdings eine Zunahme um 48 Prozent. Einen weit geringeren Rückgang zeigt der Arbeitsmarkt der Frauen: Neue Zahl 567.000. Das entspricht eine Quote von 6,3 Prozent.

Saisonale Einflüsse zeigen sich auch im Bereich der Problemgruppen: Bei den jugendlichen Arbeitnehmern unter 20 Jahren wird für den März 1981 ein geringer Rückgang auf nunmehr 101.000 gemeldet. Das entspricht einer Quote von 4,5 Prozent (Vormonat 4,6 Prozent). Der Vergleich zum Vorjahr zeigt allerdings eine Zunahme von 51,9 Prozent. Der Arbeitsmarkt für Schwerbehinderte blieb konstant: 81.000 Arbeitnehmer sind ohne Arbeit. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Zunahme um 21,7 Prozent. Die Problemgruppe der über 59jährigen zeigt eine geringe Zunahme von 77.500 (Februar 1981) auf 79.000 im März. Gemessen an 1980 sind dies 22 Prozent mehr.

Zu den beruflichen Teilarbeitsmärkten: Im Bereich der Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie zeigt sich ein geringer Rückgang (Vormonat 185.700) auf 183.700 Stellungssuchende. Düster der Vergleich zum Vorjahr: Zunahme um 59,5 Prozent. In



diesem Industriebereich hat auch die Kurzarbeiterzahl überdurchschnittlich zugenommen. Die Zahlen für den Bausektor bleiben weit hinter den saisonalen Erwartungen zurück. Gegenüber dem Vorjahr meldet die Bundesanstalt eine Zunahme der Arbeitslosenzahl um 93 Prozent, 89.000 Beschäftigte des Bausektors sind ohne Arbeit. Dies ist umso gravierender, wenn man sich vor Augen führt, daß die Zahl der offenen Stellen um 47,5 Prozent abgenommen hat. Im Bereich der Büro- und Verwaltungsberufe sind jetzt 239.600 ohne Arbeit. Das entspricht gegenüber 1980 einer Zunahme um 24 Prozent.

Die Instrumente der Globalsteuerung greifen nicht mehr. Diese Erkenntnis dürfte mittlerweile die allgemeine Grundlage der Diskussion geworden sein. Es gilt die alten Forderungen nach einer gezielten Strukturpolitik endlich in die Praxis umzusetzen.

Deutlich wird dies besonders für den Bereich der Konjunkturprogramme: Allgemeine Finanzspritzen von Seiten der öffentlichen Hand werden ohne Wirkung sein. Bei einer Zunahme der Kurzarbeiterzahl, im Vergleich zu 1980, um 333 Prozent, würden solche Programme von den Unternehmen "geschluckt", ohne einen Arbeitslosen wieder in ein Beschäftigungsverhältnis zu bringen.

Einzig und allein gezielte Finanzhilfen für strukturschwache Wirtschaftsbereiche und infrastrukturell unterentwickelte Gebiete lassen auf Besserung hoffen. Der Bausektor wäre ein wichtiges und gutes Betätigungsfeld.

Wer dies ignoriert, oder in eine staatsinterventionistische Ecke stellt, kennt den Problemhaushalt der Arbeitsmarktpolitik nicht.

Man darf gespannt sein, was den Experten um Kanzler Schmidt in der heutigen Kabinettsitzung zu den aktuellen Problemen einfällt. Die allgemeine Beunruhigung macht sicher vor diesem Gremium nicht halt.

(-/2.4.1981/ks/oa)

+ + +



"Bayernkurier" als Lehrmittel

Der Fall "Nürnberg" im Deutschunterricht

Von Fridolin Scheuble

Pressesprecher der bayerischen SPD

"Anstatt in den Schulen in ruhiger Atmosphäre die Jugend für unseren demokratischen Rechts- und Sozialstaat zu gewinnen, wollen linke Prediger aus der Schule einen Ort der Austragung des politischen Kampfes machen." Solche Klage führt die der Ausgabe Nummer 12 des CSU-Kampforgans "Bayernkurier" der anerkannt reaktionäre CSU-Landtagsabgeordnete Dr. Sieghard Rost. Der Nürnberger Deutschlehrer R. Dürr hat den Wink wohl verstanden: Er beschloß, in seiner Maria-Ward-Schule, einem staatlich anerkannten Gymnasium der Englischen Fräulein, als rechter Prediger aufzutreten. Im Deutschunterricht der 11. Klasse verteilte der Pädagoge Kopien des Rost-Artikels, auf denen handschriftlich vermerkt war:

"Damit dem lächerlichen Affentheater von Nürnberg etwas der Sumpf- und Morastboden entzogen wird, hier eine erhellende Information. Der Name Dr. Rost bürgt für Qualität. Fazit: Viele, auch wieder junge Deutsche sind politisch betrachtet noch immer reines Brechmittel. Wer stoppt den linken Mob, bevor er - wie gehabt - die rechte Reaktion auf den Plan ruft? Wer stoppt die linke Hysterie mit legalen demokratischen Mitteln?"

An das Kultusministerium ergeben sich daraus einige Fragen, die hiermit formlos gestellt werden sollen:

- Betrachtet das Kultusministerium den "Bayernkurier" als geeignetes Lehrmittel an Gymnasien? Wenn ja, ist das Ministerium bereit, auch den "Vorwärts" als Lehrmittel zu empfehlen?
- Gilt das Verbot parteipolitischer Propaganda zwar hinsichtlich von Wapperln, wenn "Stoppt Strauß" daraufsteht, nicht aber, wenn ein Lehrer den Schülern klarmacht, daß der CSU-Abgeordnete Rost "für Qualität bürgt"?
- Ist das Kultusministerium der Meinung, daß zwar der Maulkorb, den sein Ministerialbeauftragter dem Nürnberger Scharrer-Gymnasium erteilt hat, sinnvoll war, eine "dringliche Empfehlung" aber, dem Maria-Ward-Gymnasium eine derart einseitige Behandlung der Nürnberger Vorgänge zu untersagen, nicht erforderlich ist?
- Hält es das Kultusministerium für angemessen, zwar die vom Bundesfamilienministerium herausgegebene Broschüre "Muß-Ehen muß es nicht geben" sowie den vom Bundesarbeitsministerium versandten Kalender "100 Jahre sozialer Fortschritt" an Bayerns Schulen zu verbieten, nicht aber den "Bayernkurier"?
- Sieht der Kultusminister in der Verwendung des "Bayernkurier" an den Schulen eine Möglichkeit, der an ihn schriftlich gerichteten Forderung von Strauß nachzukommen, in der Jugend endlich für die Verbreitung des "liberal-konservativen Gedankenguts" zu sorgen?
- Was in dem Rost-Artikel über "Nürnberg" drinsteht, kann sich jeder Kundige ausmalen; es ist halt irgendwie von "Volksfront" die Rede, die aus der Presse, der SPD, der FDP, der DKP, dem Kreisjugendring, den Gewerkschaften und so weiter und so weiter besteht.

(-/2.4.1981/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier